

## **Beschluss des Landrates vom 02.11.2017**

Nr. 1773

### **14. Partizipation am Pilotprogramm "Integrationsvorlehre und frühzeitige Sprachförderung"»**

2017/256; Protokoll: mk

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegen nehme.

**Anita Biedert-Vogt** (SVP) sagt, dass der Einstieg in die Berufswelt Verbindlichkeit schaffe, der Regierungsrat sich aber nicht um eine Liste von Angeboten betreffend Berufsfelder bemühen muss. Der Lead ist bei den Berufsbildungsstellen, die auch aufgrund der hervorragenden Strukturen im Bereich Berufsbildung dynamisch unterwegs sind und optimal mit Berufsverbänden zusammen arbeiten. Nach persönlichen Gesprächen mit diversen Vertretern und Vertreterinnen von Berufsverbänden, kann die Votantin verbindlich aussagen, dass genügend Berufsfelder mit entsprechenden Berufen zur Verfügung stehen. Personen, die gewillt sind und das Interesse haben, die Integrationsvorlehre anzutreten, haben dazu Möglichkeiten. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

**Heinz Lerf** (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion die Vorteile einer Integrationsvorlehre und einer frühzeitigen Sprachförderung anerkannter Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommener anerkenne. Sie ist aber der Meinung, es sei Sache der Berufsverbände, Verhandlungen mit den zuständigen Amtsstellen und der Wirtschaft zu führen. Deshalb wird eine Überweisung abgelehnt. PS: Man hat gehört, dass der Kanton rechtzeitig sein Projekt eingereicht hat. Somit ist man an Bord und wird sicher zu einem späteren Zeitpunkt über das weitere Vorgehen und den Stand der Dinge informiert werden.

**Andreas Bammatter** (SP) kommt auf Heinz Lerf zurück: Er sagt, die Regierung möchte es annehmen und sei an Bord. Es handelt sich um ein Postulat – somit müsste man den Vorstoss wenigstens annehmen und gleich abschreiben. Bereits am 15. Juni 2017 antwortete Regierungsrätin Monica Gschwind eine Anfrage des Votanten, dass vier Direktionen aktiv sind. Man weiss, dass der Bund Geld spricht und er auch die Kantone auffordert, sich aktiv daran zu beteiligen. Somit ist es auch rechtens, wenn das Parlament die Regierung, die das Postulat ja entgegen nehmen möchte, unterstützt, um Abklärungen zu machen und zu gegebener Zeit zu informieren, im Sinne von prüfen und berichten. Die FDP ist gebeten, sich das nochmals zu überlegen und das Postulat zumindest zu überweisen. Eine Ablehnung würde bedeuten, dass der Rat gegen die Vorlehre wäre. Von der FDP war aber eben deutlich zu vernehmen, dass sie dafür sei.

**Christine Gorrengourt** (CVP) weist darauf hin, dass die Asylanten und vorläufig Aufgenommenen, denen man hier eine Ausbildung ermöglichen möchte, unter Umständen später in der Schweiz bleiben. Man sollte verhindern, dass sie dann Sozialhilfeempfänger werden. Man sollte ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen. Das kommt allen zugute. Es ist zwar auch eine Aufgabe der Gemeinden zu schauen, dass etwas in diese Richtung passiert. Die Koordination eines solchen Programms können sie aber nicht übernehmen. Es tut der Gesellschaft auf jeden Fall gut, wenn diese Menschen gut integriert sind, eine Ausbildung haben und nicht einfach auf der Strasse stehen.

**Heinz Lurf** (FDP) sagt, dass man in der Sache einverstanden sei. Es stellt sich für die FDP einfach die Frage, ob es notwendig ist, ein Postulat zu überweisen, wo doch alles schon aufgegleist ist. Wie gesagt unterstützt die Fraktion den Vorstoss inhaltlich. Es macht aber keinen Sinn, etwas zu überweisen und abzuschreiben, das schon läuft – im Sinne einer Effizienzsteigerung.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) findet, dass man sich in der Sache eigentlich einig sei: Es braucht die Unterstützung und man muss alles unternehmen, damit die vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge integriert werden können, um auch die Sprache effektiver zu erwerben. Das Postulat hilft dabei, dass auch der Kanton diesbezüglich vorwärts macht. Die Kolleginnen und Kollegen der SVP und FDP sind gebeten, den Vorstoss zu überweisen. Es gibt genügend Menschen, die eine solche Vorlehre machen möchten. Es braucht Betriebe, es braucht die Vorlehrklasse – dann steht dem Anliegen nichts im Wege.

**Andreas Bammatter** (SP) verdeutlicht, dass die Integrationsvorlehre keine Schnellbleiche für billige Arbeitskräfte sei. Darüber herrscht Einigkeit. Es handelt sich um ein Heranführen an einen ordentlichen Berufsabschluss. Man kann doch nicht dagegen sein, wenn es vom Bund schon Unterstützung dafür gibt, den Menschen auf ihrem Weg zur Integration behilflich zu sein.

**Roman Klausner** (SVP) sagt, dass der Kanton ja schon viele Sachen mache und mit vielen Firmen zusammenarbeite. [Communis](#) z.B. ist eines dieser Projekte. Das Thema ist für den Votanten damit erledigt. Der Vorstoss kommt zu spät. Die Problematik steckt aber woanders. Als Unternehmer gesprochen kann es einem nur recht sein, wenn diese Menschen in die Arbeitswelt integriert werden. Es gibt im Moment eine Art Industrie, die diese Leute zu relativ zweifelhaften Bedingungen anstellt und in Programme steckt. Im Gewerbe sieht man, wie das läuft. Alle diese Organisationen müssen nun selber schauen, wie sie weitermachen. Deshalb sollte man das Postulat ablehnen.

**Stefan Zemp** (SP) sagt, dass der Bund in seiner Integrationsagenda 2018-2022 untersucht habe, wo die Problematik in der Integration sei. Er hat dabei festgestellt, dass man mehr für die Integration und die Förderung der Sprachkompetenz machen müsse, damit die wenigen Arbeitsplätze, die die Wirtschaft im niederschweligen Bereich hier gelassen und nicht nach Polen oder Ungarn gezügelt hat, von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommen besetzt werden können. Wenn der Bund das erkennt, einen vierjährigen Pilot machen und die Kantone finanziell beteiligen möchte, dann wäre man blauäugig zu sagen, man brauche es hier nicht. Denn das Problem besteht. Und jene, die für den Markt fit gemacht werden können, lassen sich so einfacher integrieren und werden irgendwann auch zu guten Steuerzahlern.

**Regina Werthmüller** (parteilos) sagt, dass die Grün Unabhängigen/glp das Postulat unterstützen werden. Den anerkannten Flüchtlingen soll eine Zukunftsperspektive gegeben werden.

**Oskar Kämpfer** (SVP) findet, dass es sich wieder einmal lohnen könnte, die Flughöhe etwas nach oben zu schrauben. Es ist bei diesem Postulat gar nicht das Thema, dass schon etwas passiert. Es geht um Prüfen und Berichten – und deshalb passiert gar nichts. All das, was es braucht, um den Betroffenen bessere Möglichkeiten zu bieten, ist bereits eingeleitet. Die SVP sagt nur, dass es dazu kein Postulat braucht, womit nur die Verwaltung mit etwas beschäftigt wird, das es eh schon gibt. Möchte man konkrete Daten haben, soll man Vorstösse einreichen, die auch etwas Konkretes auslösen. Schon seit mehr als einer Stunde aber wird in einer Weise über etwas geredet mit der Absicht, bei den anderen ein schlechtes Gewissen auszulösen. Das, worüber geredet wird, führt aber – Entschuldigung – zu nichts.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, dass der Regierungsrat die Teilnahme an besagtem Bundesprogramm beschlossen und den Antrag fristgerecht im zuständigen Staatssekretariat für Migration eingereicht habe. Der Eingang wurde bestätigt. Die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen wird realisiert, wo Synergien möglich sind. Wie der Vorredner bereits klar gemacht hat, geht es mit dem Postulat darum, zu prüfen und berichten, ob der Kanton am Bundesprogramm teilnehmen möchte. Dies ist der Fall. Somit liesse sich das Postulat entgegen nehmen und gleich abschreiben. Es gibt aber noch viele Fragen, die zu klären sind. Es muss darüber hinaus ein Konzept zu diesem Programm geben. Dazu wird es eine Landratsvorlage geben, die gegenwärtig in Vorbereitung ist, und wozu es auch eine Ausgabenbewilligung des Landrats braucht. Dann ist der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, was man möchte und was nicht.

Die Regierung macht deshalb beliebt, das Postulat entgegen zu nehmen und, aus Effizienzgründen, abzuschreiben.

://: Das Postulat wird mit 44:39 Stimmen überwiesen und mit 63:14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschrieben.

---